Heute „Haus Hof Garten"

Morgen-Ausgabe

Einzelnummer 1 M.

erscheint wöchentl. zweimal. Illustr. Gratis-Wochenschriften: Sonntags „Der Weltspiegel", Dienstags „Modenspiegel". Mittwochs „Technische Rundschau". Donnerstags „Sportspiegel". Freitags „Blick ins Leben". Sonnabends „Haus Hof Garten". Man abonniert b. allen Postanstalt. des Deutschen Reiches, Deutsch-Oesterreichs, des tschechoslowak. Staates, Ungarns, d. Schweiz, Luxemburgs, Belgiens, der Niederlande, Dänemarks, Schwedens, Norwegens, Finnlands, Lettlands, Estlands; f. alle übrig. Staaten d. Postamt, Zeitungsamt, Ausland ausschl. Postaufschlag; für Berlin u. Vororte monatl. 2.— M. bei täglich einmal. Zustellung ins Haus. Im Falle höh. Gewalt od. Streiks haben unsere Bezieh. kein. Anspr. auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechend. Entgelts. In Groß-Berlin abonniert man bei der Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46—49 und den Filialen. (Fernspr.: Zentrum 9351—10144, f. d. Fernverk. 14207—14209.) Tel.-Adr.: „Berlibla". Berlin. Zulassungspreis: Die 1/1 Spalt. Petitzeile 2.— M. Stellen-Gesuche u. Familien-Anzeigen 1.— M. Nachweise nach übl. Tarif. Die Annahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmten Stellen wird nach Möglichkeit berücksichtigt.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Str. 46/49. Filialen: Leipziger Str. 103; Potsdamer Str. 33; Zimmerstr. 90; Königstr. 56/57; Rosenthaler Str. 48; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenick, Str. 67/68; Rathenow. Str. 3; Turmstr. 61; Schloßbrückdamm 4; Nachbarstr. 9; Gr. Frankf. Str. 101; Frankf. Allee 286 u. 346; Wilhelmstr. 69; Fidicinstr. 9; Wiener Str. 1/6; Greifswalder Str. 107; Fennstr. 1; Müllerstr. 135; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 3, Kantstr. 54; Charlottenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 29; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grunew.: Hektorstraßen.; Hektorstraßen.: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Carlstr. 1/2; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 93/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/48; Bankow: Bornholmer Str. 1; Schulstr. 23; Schmargendorf: Breite Str. 3; Schöneberg: Hauptstr. 23/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserpl. 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau, Schweidnitzer Str. 21/22. Köpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Reisenerstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Paradepl. 8.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 119 (Ausgabe für Berlin)

Sonnabend, 11. März 1922

51. Jahrgang

Die Absage aus Washington.

Die Möglichkeit eines späteren Eingreifens Amerikas.

(Privat-Funkentelegramm des „Berliner Tageblatts.")

Washington, 10. März.

Das Staatsdepartement begründet die Ablehnung der Teilnahme an der Konferenz von Genua in folgender Weise:

1. Die Entsendung einer Delegation allein hätte weder der Sache des Wiederaufbaues, noch dem amerikanischen Prestige etwas genützt. Auch aus dem Bericht des Beobachters von Cannes, Harvey, ging hervor, daß die Frage der Beteiligung Amerikas an der Wiederherstellung der europäischen Wirtschaft derart im Vordergrunde aller Kombinationen stand, daß Amerika nur mit einem festabgegrenzten Programm nach Genua gehen konnte. Es ist dem Staatsdepartement nicht möglich gewesen, Richtlinien für ein solches Programm zu finden.

2. Die Regelung der deutschen und der russischen Frage in der Resolution von Cannes und in den Vorbeschlüssen von Paris, London (?) und Boulogne widerspricht den amerikanischen Interessen.

3. Wesentlich und grundsätzlich ist, daß durch das geforderte Stillschweigen über Verträge, die Amerika nicht anerkannt hat, den Vereinigten Staaten die Rolle eines Landes aufgezwungen werde, das sich den Beschlüssen des Obersten Rates zu fügen hätte. Dieses Zugeständnis hätte bei der erstarkten Senatsopposition lebhaften Widerspruch hervorgerufen.

4. Andererseits hätte Amerika mit der Förderung der Diskussion dieser Verträge sich in einer Weise festgelegt, die es zu einem ihm heute unbequemen Eingreifen gezwungen hätte.

Weiter besteht noch immer die Befürchtung, daß entweder das Viermächteabkommen oder der Flottenvertrag der Washingtoner Konferenz vom Senat nicht ratifiziert wird und das aus Motiven, die von der späteren internationalen Politik Amerikas eine grundlegende Aenderung fordern. Jedenfalls kann Amerika nicht sofort wieder zu einer internationalen Konferenz gehen, denn eine dritte diplomatische Niederlage (Versailles und Washington) vor der ganzen Welt könnte es nicht riskieren.

Dagegen wird Amerika einen seiner in Europa akkreditierten Botschafter damit beauftragen, entweder als Berichterstatter nach Genua zu gehen oder das gesamte Material aus den Verhandlungen in Genua dem Kabinett in Washington zu unterbreiten. Es gilt als **nicht ausgeschlossen, daß Amerika zu einem späteren Zeitpunkt in irgendeiner Form in die Verhandlungen eingreift,** das jedoch nur dann, wenn die Voraussetzungen zur Genuakonferenz eine grundlegende Aenderung erfahren haben. In diesem Falle wird aus Amerikas Diplomaten in Europa eine provisorische Delegation gebildet werden, die durch das Personal der europäischen Botschaften ergänzt werden wird. Eine Europareise von Hughes gilt jedoch auch dann für ziemlich ausgeschlossen.

Keine Ueberraschung in England.

Harding gegen Frankreichs „Defensivpolitik".

London, 9. März. (W. T. B.)

Der Londoner Berichterstatter des W. T. B. erfährt, daß der Entschluß der amerikanischen Regierung, nicht an der Genueser Konferenz teilzunehmen, in gut unterrichteten Kreisen Londons nur wenig bzw. keinerlei Ueberraschung hervorgerufen habe. An dem Programm seien keine Veränderungen vorgenommen worden, da man stets der Ansicht war, daß selbst ohne Teilnahme amerikanischer Vertreter die Konferenz viel zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts beitragen könne. Die Gründe Amerikas für seine Nichtteilnahme werden angesehen als ein direkter Wink, daß Europa erst sein eigenes Haus in Ordnung bringen oder ernstliche Schritte in dieser Richtung unternehmen müsse, bevor Amerika an den wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung Europas mithelfen könne. Es herrsche wenig Zweifel darüber, daß, falls die Ergebnisse der Genueser Konferenz befriedigend sein sollten, ein großer Schritt in der Richtung der Sicherstellung eines wirksamen Interesses Amerikas an den europäischen Problemen getan sein werde.

Der Washingtoner Korrespondent der „Times" meldet, daß Hoover über die Notwendigkeit gesprochen habe, die deutsche Reparationsfrage auf einer praktischen Grundlage zu regeln sowie auch über die Unmöglichkeit die europäischen Budgets ins Gleichgewicht zu bringen, so lange die von gewissen Nationen unterhaltenen Landrüstungen so angeschwollen bleiben. Der Londoner Korrespondent der Vereinigten Staaten, Harvey, mache kein Hehl daraus, daß die Reparationsfrage in Genua erörtert werden müsse, die Ansicht der Regierung Hardings gehe vermutlich noch weiter. Sie sähe das Ende der militärischen Besetzung deutscher Gebiete gern sowie die Beseitigung der Gefahr der Besetzung des Ruhrgebiets. Nach Ansicht der Regierung Hardings sei die Politik, die Frankreich als Defensivpolitik betreibe, zu 75 Prozent das gerade Gegenteil und darauf berechnet, die europäischen Unruhen fortdauern zu lassen.

Französische Kritik an der amerikanischen Note

Der „diskrete Druck".

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

Paris, 10. März.

Der „Temps" kommt in einem Leitartikel auf die amerikanische Antwort zurück und erörtert jene Stellen der Antwort, die von den meisten anderen französischen Zeitungen bisher ignoriert wurden. Die Ansicht, daß gewisse Fragen in Genua nicht behandelt werden sollen, und die eine zufriedenstellende Lösung noch nicht gefunden haben, kann nach der Ansicht des „Temps" zweierlei Vordergründe aller Bedeutung heben. Entweder will die Antwort andeuten, daß die Vereinigten Staaten an der Konferenz teilnehmen würden, wenn diese Fragen nicht ausgeschlossen würden, oder die Antwort soll sagen, daß die Vereinigten Staaten Vertreter nach Genua senden würden, wenn diese Fragen vorher eine zufriedenstellende Lösung gefunden hätten. Die erste Auslegung will der „Temps" ausschalten. Die Fragen, um die es sich handle, betrafen die Wiedergutmachung, die Friedensverträge, den Völkerbund und die Abrüstung. Werden diese Fragen in Genua besprochen, dann könnte die Konferenz eben den politischen Charakter erhalten, den Amerika nicht wünsche. Die Vereinigten Staaten meinen also nach dem „Temps" die zweite Deutung: sie wünschen, daß die politischen Fragen, die Europa betreffen, vor Genua geregelt werden müssen. Diese Auffassung wird auch von einer amerikanischen Zeitung bestätigt, die aus Washington meldet, Amerika wünsche durch die Antwort einen diskreten Druck auf Europa auszuüben, um die wirtschaftliche Reorganisation nach vernünftigen Prinzipien zu beschleunigen. „Ueber diese Prinzipien wollen wir gern beraten", sagt der „Temps". „Wir müssen sie zu diesem Zweck zuerst kennen." Danach wird an zwei Beispielen bewiesen, daß der Wiederaufbau Europas nicht so leicht sei, wie Amerika glaubt, und daß es nicht an Frankreich allein (?) liege, wenn dieser Zweck noch nicht erreicht ist. Erstes Beispiel: Die Situation Deutschlands, bei deren Schilderung der „Temps" wieder von der Ansicht ausgeht, daß die provisorischen Zahlungen nicht weiter geleistet werden können. Daraus gehe hervor, daß die Probleme der Wiedergutmachung in der Zukunft liegen, nicht in der Vergangenheit. Das wichtigste dieser Probleme sei: Auf welche Weise kann Deutschland zahlen? Der „Temps" sagt, daß die französische Regierung diesen Zweck durch zwei Mittel erreichen wolle, durch die Finanzkontrolle, die eine Gesundung der deutschen Finanzen herbeiführen soll, und durch internationale Kreditoperationen, welche die Verbündeten erleichtern müßten. Diese Regelung hänge aber nicht von Frankreich allein ab. Frankreich habe nur eine Stimme in der Reparationskommission, und Frankreich habe kein Geld. Wenn eine Lösung nicht gefunden werden könne, sei das also nicht Frankreichs Schuld. Die Folge würde in diesem Falle sein, daß die Staaten Europas noch schneller verarmen, als dies jetzt schon geschieht. Sie könnten von Amerika nichts mehr kaufen. Wenn Amerika wirklich einen diskreten Druck auf Europa ausüben wolle, dann würde es die Kundschaft Europas durch den Zwang der Verhältnisse verlieren müssen. Zweites Beispiel: Der Orient: „Es ist in diesem Fall nicht Frankreich," sagt der „Temps", „das den Frieden verhindert, sondern England. England treibt eine Politik, die den Wünschen der Türkei und damit der muselmanischen Welt entgegengesetzt ist. Will Amerika seine diskrete Pression nicht auch für den Frieden im Orient geltend machen? Die Wahrheit wäre, daß die Völker Europas ein wenig mehr an ihre eigenen Interessen denken müßten und etwas weniger an die Hilfe, die von jenseits des Meeres kommen soll. Wenn Amerika hier einen Weg zeigen könnte, dann würde es eine große Aufgabe erfüllen." Gegen die Argumentation des „Temps" läßt sich wohl einiges einwenden. Ein Hinweis genügt: Bisher hat die französische Politik den Weg, der zum wirtschaftlichen Frieden führen kann, der Welt noch nicht gezeigt. Warum? Der „Temps" hat vor einigen Tagen die Antwort gegeben: Der Egoismus verhindert alles.

Rom, 10. März.

Der franzosenfreundliche „Messaggero" bemerkt zur amerikanischen Note, das Fernbleiben Amerikas von der Konferenz von Genua erkläre sich vor allem aus Gründen der inneren Politik, weil Amerika überhaupt in die europäischen Angelegenheiten sich künftig nicht einmischen wolle. Allerdings kann der „Messaggero" nicht verschweigen, daß Amerika in Genua doch nichts zu suchen habe, da durch die englisch-französische Abmachung die Wiedergutmachungsfrage von der Erörterung ausgeschaltet sei. Auf das hier im allgemeinen gegen Frankreich gehegte Mißtrauen nimmt eine Pariser Depesche Mussolinis des Blattes „Popolo d'Italia" bezug. In der Depesche wird gesagt, die Pariser Presse enthalte sich nur deshalb einer feindseligen Kritik Italiens in der Fiumefrage, weil Frankreich die Lösung äußerster Zurückhaltung ausgegeben habe und weil die Franzosen angesichts der Konferenz von Genua Italien nicht verstimmen möchte.

Erziehung zur Republik.

Von [Nachdruck verboten.]

Konrad Haenisch,

ehemaligem Unterrichtsminister.

Mit höchst erfreulicher Deutlichkeit hat Herr Kultusminister Boelitz die Erziehung der Jugend nicht nur zur Bejahung des heutigen Staates schlechthin, sondern zur freudigen Bejahung „des Staates, wie er jetzt vor uns steht", für seine Hauptaufgabe erklärt. „Das Wort sie sollen lassen stahn!" Denn dies im Hauptausschuß des Landtags vom Minister wiederholt stark unterstrichene Bekenntnis zum neuen Staate war so klar und unzweideutig, daß keinerlei nachträglicher Kommentar seiner Parteifreunde es aus der Welt reden oder schreiben kann. Eine solche — überaus spitzfindige — Interpretation des Ministerwortes versuchte zum Beispiel der sonst kluge und sympathische volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schuster im Landtage, indem er in der Vollversammlung vom 22. Februar einen feinen, allzu feinen Unterschied machte zwischen Staat und Staatsform. „Bejahung des Staates ist, wie ich noch einmal hervorhebe," so erklärte Herr Dr. Schuster nach dem stenographischen Bericht, „etwas anderes als grundsätzliche Bejahung der Staatsform. Wenn Herr Kollege Haenisch gemeint hat, daraus ein Bekenntnis des Ministers zur republikanischen Staatsform entnehmen zu sollen, so scheint mir das eine unerlaubte Konsequenzmacherei zu sein."

Soll man angesichts dieser von der Linken mit lebhaftem Hört, hört! aufgenommenen und vom Minister leider nicht zurückgewiesenen Sätze Herrn Dr. Schuster, der gleich Herrn Dr. Boelitz von der Theologie herkommt, an das Bibelwort erinnern: „Eure Rede sei ja, ja — nein, nein?" Man kann wirklich nicht die „Kaiserideé" in einer Republik zu neuem Leben erwecken wollen! Es kommt dabei, um mit Heine zu reden, nichts anderes heraus als

. . . . . ein Zwitter, ein Mittelding.
Das weder Fleisch noch Fisch ist,
Das von den Extremen unserer Zeit
Ein närrisches Gemisch ist."

Der Staat an sich ist ein Abstraktum, über das Gelehrte philosophieren mögen, — unsere nach faßbarer Wirklichkeit hungernde Jugend können wir damit nicht sattmachen. Sie braucht Klarheit und große, einfache Linien, mit Kniffligkeiten und Verschwommenheiten ist ihr nicht gedient. Und darum halten wir — eingedenk des Satzes, daß man auch an einem Ministerwort nicht drehen und deuteln soll — fest an dem klaren Bekenntnis des Ministers und lassen es uns weder von ihm selbst noch von seinen Parteifreunden aus der Welt kommentieren.

Aber wichtiger als das Bekenntnis ist die Tat. Was kann, abgesehen von den Maßnahmen mehr negativen Charakters, die ich an dieser Stelle kürzlich in meinem Artikel über die Schulbuchfrage besprach (Nr. 105 vom 3. März, Morgenausgabe), der Staat positiv tun in der Erziehung der Jugend nicht nur zur Staatsgesinnung als solcher, sondern zur republikanischen Staatsgesinnung?

Daß mit bloßen Erlassen nicht viel getan ist, weiß ich aus mancher Erfahrung. Dennoch können sie nützlich wirken als Ausdruck unzweideutiger Willensmeinung des Ministers oder des Gesamtministeriums. Aus diesem Grunde hatte ich, wie den Lesern dieses Blattes bekannt ist, im Winter des vorigen Jahres einen Erlaß an alle preußischen Lehrer vorbereitet, der ihnen gemäß Artikel 148 Absatz 1 der Reichsverfassung die Erziehung der Jugend zu staatsbürgerlicher Gesinnung im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerversöhnung zur Pflicht machte. In diesem Erlaß, dessen Wortlaut ich in meinem Buche „Neue Bahnen der Kulturpolitik" mitgeteilt habe, war die „Durchdringung des Unterrichts mit den Grundsätzen der Verfassung" als Ziel hingestellt und die staatliche Förderung solcher Lehrbücher in Aussicht gestellt worden, „deren Gesamthaltung den neuen Geist erkennen läßt." Den Erlaß noch, wie ich beabsichtigt hatte, rechtzeitig vor dem Beginn des neuen Schuljahres zu Ostern 1921 veröffentlichen zu lassen, trug das frühere Staatsministerium Bedenken, da es kurz vor seiner Demission stand und in wohl übertriebenem Feingefühl — glaubte, in einer so bedeutungsvollen Frage der künftigen Regierung nicht vorgreifen zu sollen.

Niemand wird einem neuen Minister zumuten, einen von seinem Amtsvorgänger vorbereiteten Erlaß unbesehen zu übernehmen. Aber warum gießt Herr Dr. Boelitz nicht wenigstens die Grundgedanken dieses Entwurfes, denen er ja erfreulicher Weise heute auch zustimmt, in eine neue, seiner Art entsprechende Form und bringt den Erlaß in solcher veränderten Gestalt heraus? Ich frage danach, nachdem es im Landtag von anderer Seite wiederholt vergeblich geschehen ist, an dieser Stelle gerade jetzt, da wiederum der Beginn eines neuen Schuljahres vor der Tür steht. Und schließlich handelt es sich ja doch nur um die Ausführung einer klaren Verfassungsbestimmung, mit der andere deutsche Länder, inzwischen bereits Preußen mit gutem Beispiel vorangegangen sind.

Wie solch Erlaß in erster Linie für die Lehrerschaft berechnet ist, so muß dauernde Einwirkung auf die Lehrenden (und hat man erst sie gewonnen, so ist mir auch um die Ge-